

Schwierige Entscheidung ist vertagt

Gemeinderat Weingarten tut sich schwer mit Bauantrag einer ortsansässigen Firma

Weingarten (ml). Schwer tat sich der Gemeinderat Weingarten mit dem Bauantrag einer Holzbaufirma im Gewerbegebiet „Häcker“. Die Firma hatte den Antrag auf Erweiterung ihres Betriebsgeländes gestellt, wodurch der Bereich „Breitwiesen“ berührt würde. Dieses Gebiet soll aber derzeit nicht mit einem Bebauungsplan belegt werden, sondern als Freiraum erhalten bleiben. Erschwerend kommt eine fehlende verkehrliche Erschließung dazu.

Andererseits kommen aus wirtschaftlichen Gründen für den Unternehmer andere Lösungen nicht in Betracht. Die Gemeinde will dieses wirtschafts- und arbeitsplatzstarke Unternehmen auf jeden Fall gern am Ort behalten. Als Lösung stand eine Ergänzungs- und Entwicklungssatzung im Raum, deren Geltungsbereich 50 Meter vom bestehen-

den Betriebsgelände nicht überschreite. Somit wäre der Bau einer Halle im Bereich „Breitwiesen“ zuzulassen.

Timo Martin (WBB) signalisierte für seine Fraktion keine Zustimmung für einen Bau, der „keine Erweiterung, sondern fast eine Verdoppelung“ bedeute und in dem sensiblen Naherholungsge-

Naherholungsgebiet soll unberührt bleiben

biet „Breitwiesen“ der Anfang einer weiteren Bebauung wäre. Er schlug eine Verlagerung ins Gebiet „Sandfeld“ vor. Bürgermeister Eric Bänziger entgegnete, mit dem Bau in die Breitwiesen habe die WBB zwar recht, aber trotzdem müsse eine solche Firma gestützt und in

Weingarten gehalten werden: „Städteplanerisch folgen wir einem Fehler aus der Vergangenheit, aber einem Betrieb mit so viel Beschäftigten muss geholfen werden.“

Wolfgang Wehowsky (SPD) sprach sich entschieden dafür aus. Weingarten müsse „ein Signal setzen, Gewerbe anzusiedeln zu wollen“. Klaus Holzmüller (FDP) sprach von einem „Flickentepich“ und von einer fehlenden Konzeption.

Karlernst Hamsen (Grüne) signalisierte, dem Bauantrag zuzustimmen. Bettina Lichter (WBB) erklärte, wenn dieser Bauantrag befürwortet werde, habe das Gremium beim nächsten Mal keine Entscheidungsfreiheit mehr. Gerhard Fritscher (CDU) beantragte eine Vertagung, die mehrheitlich auch beschlossen wurde.